

Michael Brie

# Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich?

Fünf Einwände von Rosa  
Luxemburg und  
vier Angebote zur Diskussion



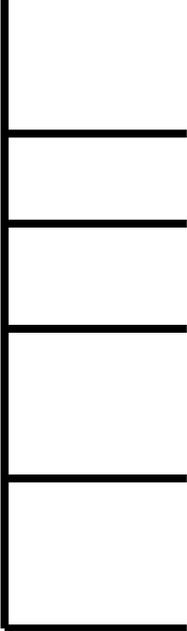
# Das Scheitern jeder Regierungsbeteiligung?



„So kehrt das Schiff des dogmenfreien Sozialismus aus seiner ersten Probefahrt auf den Gewässern der praktischen Politik mit zerbrochenen Masten, zertrümmertem Steuer und Leichen an Bord in den Hafen zurück.“[\[1\]](#)

[\[1\]](#) Rosa Luxemburg: Der Abschluss der sozialistischen Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 179.

# Fünf Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der Linken

- 
1. der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden;
  2. nicht Reform, sondern nur Revolution löst die Probleme;
  3. der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse;
  4. Regierungsbeteiligung schwächt zwangsläufig die Linke und
  5. die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich

# 1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden

## Gegenargument:

Kapitalismus ist die Vorherrschaft der Tendenz der Kapitalverwertung (Kapitallogik) über andere, gegensätzliche Tendenzen der Vertretung von sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechten (Soziallogik). Er ist ein Kampffeld, in dem die Kräfteverhältnisse geändert werden können. Elemente und Tendenzen des Sozialismus (der Soziallogik) können im Kapitalismus entstehen. Sozialismus entsteht durch eine Transformation, in der die Vorherrschaft der Kapitallogik überwunden und die der Soziallogik hergestellt wird.

## 2. Einwand: Nicht Reform, sondern nur Revolution löst die Probleme

### Argument: Revolution!

„Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.“ [\[1\]](#)

[\[1\]](#) Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongress. In: Werke, Bd. 1.2, S. 91.

### Gegenargument: Transformation!

Eine Transformationsstrategie nimmt vom Gedanken sozialistischer Reformpolitik wesentliche Elemente einer aktiven Politik der Gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaften und des Ausbaus der emanzipatorischen Errungenschaften auf, von einem revolutionären Ansatz den Gedanken eines unvermeidlichen Bruchs mit der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und der Umwälzung der damit verbundenen Machtverhältnisse.

### 3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse

#### Argument:

„Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von vornherein ausgeschlossen.“<sup>[1]</sup>

[1] Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 58.

#### Gegenargument:

Da der Staat Klassenkompromisse bearbeitet, um Kohäsion einer in Klassengegensätze gespaltenen Gesellschaft zu ermöglichen (N. Poulantzas), ist er auch im Wirken seiner Exekutive ein Feld von sozialen Kämpfen. Transformationspolitik, die bei den gegenwärtigen Widersprüchen ansetzt und über sie hinaus führt, hat diesen Kampf auch in den Staat selbst hineinzutragen. Damit wird der Staat nicht zum einzigen, ja, nicht einmal zum wesentlichsten Ort – dieser ist und bleibt die Zivilgesellschaft und der Kampf um die Hegemonie in ihr –, aber wer ihn links liegen lässt, wird die Macht dieses Staates zu spüren bekommen, ohne die vorhandenen Möglichkeiten genutzt zu haben, ihn zu verändern.

## 4. Einwand: Regierungsbeteiligung schwächt zwangsläufig die Linke

### Argument:

Regierungsbeteiligung, so Rosa Luxemburg, mache Kritik der Regierung und damit Aufklärung der Massen unmöglich, führe dazu, dass Kompromisse um jeden Preis gemacht werden würden und liefere so die Linke an die bürgerliche Mehrheit aus und schwäche die außerparlamentarische Kraft derselben, so dass nicht etwa mehr, sondern viel weniger erreicht würde als aus der Opposition.

### Gegenargument:

Die wichtigste Bedingung, um dieser Falle jeder Regierungsbeteiligung zu entgehen, ist die Stärke der Linken außerhalb staatlicher Einrichtungen, ihrer Macht als soziale Bewegungen und emanzipatorische Organisationen sozialer Interessen der subalternen gesellschaftlichen Klassen sowie solidarisch orientierter Mittelschichten. Parteien können letztlich nur innerhalb einer solchen Linken und nicht als deren monopolistische Repräsentanten wirklich starke linke Kräfte sein. Die entscheidende Frage ist zweifelsohne, wie die Linke als Ganze zu einer hegemonialen Kraft entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre eigenen parteipolitischen Formationen (innerhalb oder außerhalb von Regierungen) zu integrieren und der Gesamtstrategie unterzuordnen.

# 5. Einwand: Regierungsbeteiligung macht die Fortsetzung rechter Politik erst möglich

## Argument:

„Die Ministerschaft Millerands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugrieren, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um sozialen Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.“<sup>[1]</sup>

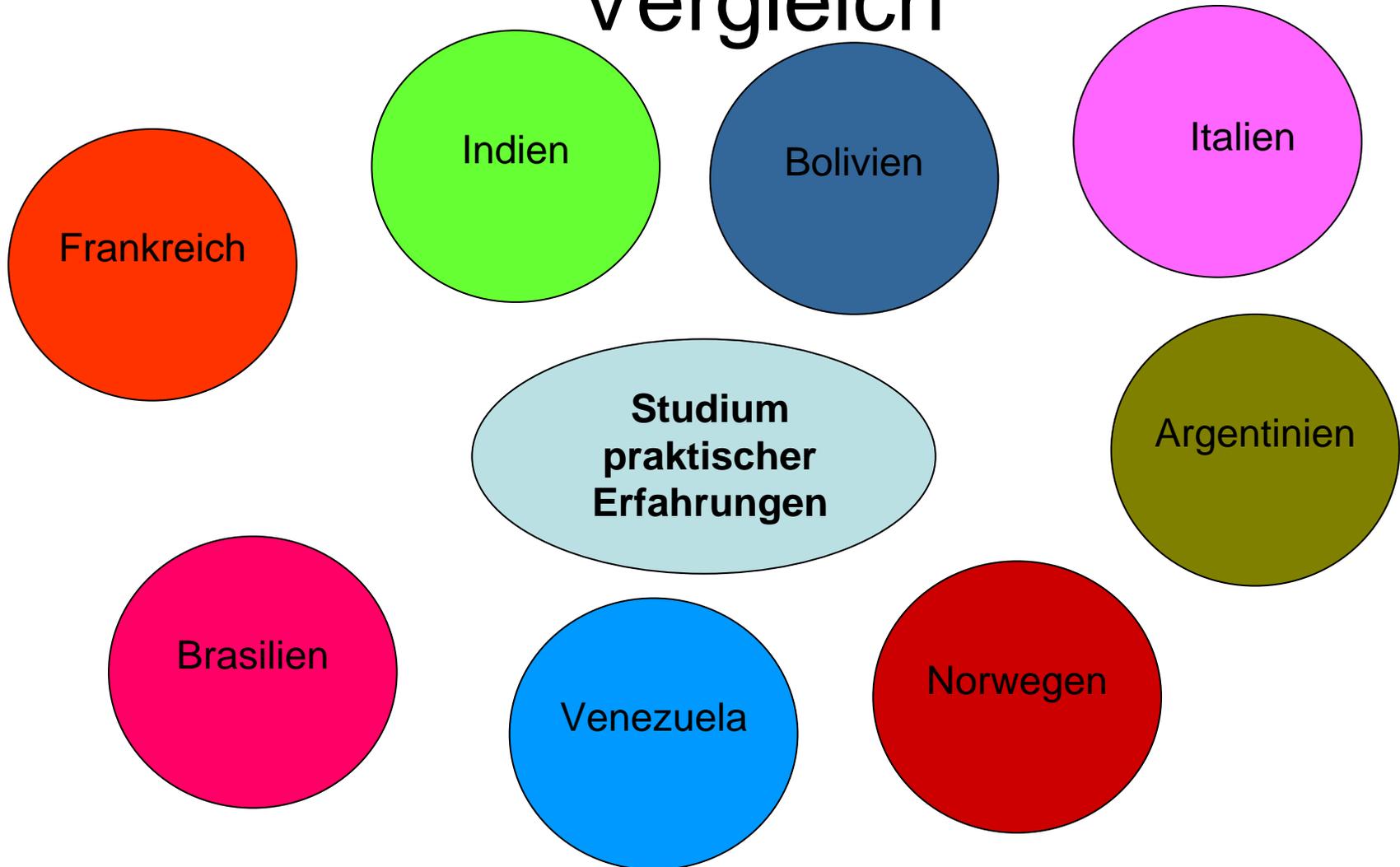
<sup>[1]</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. A. a. O., S. 57.

## Gegenargument:

Linke Kräfte kommen zumeist in zwei Fällen an die Regierungsmacht: Erstens kann es zu Konstellationen kommen, in denen ein De-facto-Bündnis (Mitte-Links-Bündnis) zwischen einer dominanten sozialdemokratischen Gruppierung und linken Kräften entsteht, das das Ziel hat, einen rechten Neoliberalismus (oft in besonders parasitären Formen) zu besiegen oder zu verhindern.

Zweitens kann es nach einer Delegitimation auch des gemäßigten sozialdemokratischen Neoliberalismus (reale oder absehbare Wahlniederlage als Signal) dazu kommen, dass breite Schichten der Bevölkerung aus der Mitte und dem Unten der Gesellschaft eine deutlich linke Option präferieren und politische Kräfte in der Repräsentation (und Umsetzung) der damit verbundenen Erwartungen an einen Richtungswechsel ihre langfristige strategische Chance erkennen

# Regierungsbeteiligungen im Vergleich



# Herausforderung für die Zukunft



„Das Gesetz des Pendels beschreibt eine Situation, in der, wenn die Rechten seit geraumer Zeit an der Regierung sind, die Unzufriedenheit so groß und tief wird, dass sie zur Verdichtung einer großen Erwartung auf der Linken, einer starken Hoffnung führt. Aber wenn die Linken von dieser Welle an die Regierung getragen werden, werden die Gründe des Wechsels vergessen, und sie machen eine von der Rechten nicht allzu verschiedene Politik... Unser Zentrum besteht darin, in der Gesellschaft, in den Konflikten, in den Bewegungen, im Ungehorsam den Motor der Reform des Landes hervortreten zu lassen. ... In diesem Rahmen ist die Präsenz der PRC in einer parlamentarischen Mehrheit und in einer Regierung nicht die Mündung einer Politik, sondern ein Durchgang, der im Dienste des Wachstums eines reformerischen Projekts im Land steht, im Dienste des Wachstums des Einbrechens der Bewegungen und der Kämpfe in die soziale Wirklichkeit wie in die politisch-institutionellen Entscheidungen.“ Rede auf dem IV. Parteitag der PRC 2005